

## Information der Stadt Erlangen über Gegenstand und Durchführung des Bürgerentscheides am 06.03.2016

Am Sonntag, den 06.03.2016, findet in Erlangen ein Bürgerentscheid über das weitere Vorgehen der Stadt Erlangen zum Thema Stadt-Umland-Bahn (StUB) statt. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2015 einstimmig das Bürgerbegehren mit folgender Fragestellung für zulässig erklärt:

„Sind Sie dafür, dass der Stadtrat Erlangen das Projekt StUB (Stadt-Umland-Bahn) nicht realisiert?“

Bei diesem Bürgerentscheid können Sie diese Frage mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten. Wenn Sie mit „Ja“ stimmen, sprechen Sie sich dafür aus, die Planungen zur StUB zu beenden. Stimmen Sie mit „Nein“, kann der Stadtrat die Gründung des Zweckverbands StUB beschließen.

In dem Zweckverband wollen die Städte Erlangen, Herzogenaurach und Nürnberg die Planung der Stadt-Umland-Bahn gemeinsam fortführen.

Damit der Bürgerentscheid wirksam ist, müssen mindestens 10 Prozent der wahlberechtigten Erlanger Bürger für eine der beiden Alternativen stimmen.

Bereits seit Beginn der 1990er Jahre wird geprüft, wie der Landkreis Erlangen-Höchstadt und die Städte Erlangen und Nürnberg besser miteinander vernetzt werden können und wie man eine Entlastung der stark befahrenen Straßen vom Autoverkehr erreichen kann. Ein schienengebundenes Verkehrssystem spielte bei den Überlegungen ebenso wie die Verbesserung des Bussystems eine wichtige Rolle. Bei der zuletzt geprüften Variante der Stadt-Umland-Bahn (StUB) handelt es sich um eine Verlängerung des Nürnberger Straßenbahnnetzes nach Erlangen und Herzogenaurach (sogenanntes L-Netz), wobei die Infrastruktur der Nürnberger Straßenbahn (Wartungshallen usw.) mitgenutzt werden kann.

Die Investitionskosten werden in der aktualisierten Kosten-Nutzen-Untersuchung des Büros INTRA-PLAN auf 258 Mio. EUR geschätzt, dazu kommen ca. 44 Mio. EUR Planungskosten, insgesamt also rund 300 Mio. EUR.

Für die Stadt-Umland-Bahn sind große Fördersummen in Aussicht gestellt. Auf Basis des Förderprogramms nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) können aktuell bis zu 60% der zuwendungsfähigen Kosten von Straßenbahnprojekten aus Bundesmitteln und maximal weitere 30% aus Landesmitteln bezuschusst werden. Damit beläuft sich die Förderung der zuwendungsfähigen Kosten insgesamt auf 90 %. Auf politischer Ebene ist mittlerweile eine Einigung erzielt worden, dass die Mittel des GVFG ungekürzt über 2019 hinaus fortgeführt werden sollen. Es ist Konsens, dass die StUB-Planungen nur dann ohne weitere politische Beschlüsse fortgeführt werden, wenn die Zusage des Bundes erfolgt, dass alle Trassenteile gefördert werden, auch solche ohne eigenen Gleiskörper.

Voraussetzung für die Förderung ist, dass sich die drei Projektpartner organisatorisch zusammenschließen, eine detaillierte Planung erarbeiten und vorlegen sowie die Baukosten weiter konkretisieren. Deshalb wollen die Städte Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach einen Zweckverband gründen. Die Gremien in Nürnberg und Herzogenaurach haben der Gründung bereits zugestimmt.

Ein Zweckverband StUB hätte zunächst die Aufgabe, die vollständigen Antragsunterlagen für den Förderantrag zu erstellen und die Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Für die dabei erforderlichen Planungsarbeiten sind ca. 20,92 Mio. EUR zu veranschlagen. Auf die drei Verbandsmitglieder würden je nach Trassenlänge auf ihrem Gebiet nach den bisherigen Schätzungen demgemäß entfallen:

	Anteil	Betrag
Erlangen	62,74 %	13,13 Mio. EUR
Nürnberg	20,86 %	4,36 Mio. EUR
Herzogenaurach	16,40 %	3,43 Mio. EUR

Jedes Verbandsmitglied kann aus dem Zweckverband wieder austreten, solange der Baubeginn noch nicht erfolgt ist und die Regierung von Mittelfranken zustimmt. In diesem Fall sind die bis dahin veranschlagten Planungskosten anteilig zu tragen.

Die Baukosten, die nach Abzug des Förderanteils verbleiben, sowie die Unterhaltskosten werden ebenfalls nach diesem Schlüssel zwischen den drei Städten aufgeteilt. Die Betriebskosten werden nach gefahrenen Wagenkilometern aufgeteilt.

## Informationen zum Bürgerentscheid

### 1. Die Argumente für die StUB (Sie stimmen beim Bürgerentscheid mit „Nein“)

Die Stadt Erlangen beteiligt sich bereits seit langem intensiv an den Planungen für die Stadt-Umland-Bahn (StUB). Folgende Argumente sprechen dafür, das Projekt weiter voranzutreiben:

- Im Jahr 2015 überquerten täglich mehr als 175.000 Kraftfahrzeuge die Erlanger Stadtgrenze. Straßenbahnen als attraktive und klimafreundliche Nahverkehrsmittel bewegen viele Menschen zum Umsteigen in den öffentlichen Nahverkehr und tragen damit dazu bei, die Straßen vom Autoverkehr zu entlasten. Das aktuelle Gutachten von INTRAPLAN geht von täglich mindestens 10.000 Einzelfahrten zusätzlich im öffentlichen Nahverkehr durch die StUB aus. Davon profitieren auch die Autofahrer, denn es gibt weniger Stau. Das schont die Umwelt und sorgt für mehr Lebensqualität in der Stadt durch weniger Abgase und bessere Luft.

- Erlangen ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Viele Bürger arbeiten beispielsweise bei Siemens, der Universität oder mittelständischen Unternehmen. Schaeffler, adidas und Puma sind wichtige Unternehmen in der Region. Die StUB verbindet die Arbeitsplätze mit einem attraktiven Nahverkehrsangebot. Sie ist damit eine wichtige Investition in die Zukunft dieser Arbeitsplätze. Zugleich trägt sie zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Region bei.

- Die StUB stärkt den Handel in der Erlanger Innenstadt, denn sie bringt Kunden direkt ins Zentrum, zu den Arcaden und zum Hauptbahnhof.

- Die Weiterentwicklung grundlegender Infrastrukturen gehört zu den zentralen Aufgaben einer Stadt (z.B. Schulen, Wohnungsbau, Verkehr). Die einzelnen Umsetzungsschritte des Projekts StUB und der Betrieb sind verantwortbar zu finanzieren. Das Schulsanierungsprogramm wie auch Wohnbauprogramme der Stadt werden fortgeführt.

- Die StUB und die S-Bahn bilden gemeinsam mit einem optimierten Busnetz ein attraktives Nahverkehrssystem. Die StUB schafft eine wichtige umsteigefreie Verbindung nach Nürnberg.

- Durch die StUB erhalten die Städte Nürnberg, Herzogenaurach und Erlangen voraussichtlich Fördermittel in Höhe von 200 Millionen Euro.

- Die Gründung des Zweckverbands ist der notwendige nächste Schritt, um die Kosten und die genaue Trassenführung in intensiver Abstimmung mit der Öffentlichkeit weiter zu konkretisieren und zu optimieren. Erst diese Detailplanungen schaffen die Voraussetzung, Fragen aus der Bürgerschaft (z.B. Erhalt von Bäumen, Grundstücke etc.) fundiert zu beantworten und deren Anregungen in die Planungen zu integrieren.

- Die StUB-Trassenplanung bietet dem ÖPNV die Möglichkeit einer wesentlich schnelleren Talüberquerung – auch mit dem Bus. Den Bewohnern des Stadtwestens wird damit eine bessere Anbindung an die Innenstadt geboten. Nach aktuellem Planungsstand wird dies über die Kosbacher Brücke erfolgen.

### 2. Die Argumente gegen die StUB (Sie stimmen beim Bürgerentscheid mit „Ja“)

Die folgenden Argumente sprechen gegen die Realisierung der StUB:

- Die Angabe von 175.000 Kraftfahrzeugen ist gegenstandslos ohne die Angaben, zu welchen Tageszeiten und über welche Straßen die Kraftfahrzeuge die Erlanger Stadtgrenze überqueren.

Die Einschätzung der StUB als attraktives und klimafreundliches Nahverkehrsmittel ist subjektiv. Die Schätzung des Gutachters wird angezweifelt.

Mit Elektrobussen könnte schneller der Betrieb mittels Dieselmotoren eingestellt, die Umwelt geschont werden und es würde für mehr Lebensqualität gesorgt durch weniger Abgase und bessere Luft – und das schneller und nicht erst in 12 bis 15 Jahren durch die StUB.

- Erlangen ist bereits ein attraktiver Wirtschaftsstandort – auch ohne eine StUB.

Die Firmen Schaeffler, adidas und Puma sind nicht in Erlangen ansässig.

Beim Bürgerentscheid geht es um das Stadtgebiet von Erlangen und nicht um die (Metropol-) Region.

- Die StUB würde nur auf der Nürnberger Straße, d.h. von der Südkreuzung bis zum Ende der Nürnberger Straße fahren – und könnte deshalb keine Kunden direkt in die Hauptstraße, dem Zentrum von Erlangen, den Hugenottenplatz, den Schlossplatz, den Marktplatz und den Martin-Luther-Platz bringen. Sie würde nur eine Gefahrenquelle für Fußgänger und Radfahrer auf dem Abschnitt Rathausplatz bis zur Henkestraße bilden.

- Es gibt keine langjährige Finanzplanung für die Realisierung der StUB. Im Gegensatz zum Betrieb der Busse, wo die ESTW das Defizit aus dem Betrieb decken, müsste das Defizit aus dem Betrieb der StUB die Stadt Erlangen über den Zweckverband decken, und das Schulsanierungsprogramm wie auch Wohnbauprogramme der Stadt könnten unbelastet durch die Realisierungskosten der StUB schneller fortgeführt werden.

- Planungen werden teilweise, Wartung, Pflege und Ersatz der Infrastruktur werden nicht bezuschusst – ein Grund für zahlreiche stark verschuldete Städte, den Betrieb der Straßenbahnen einzustellen und den ÖPNV wieder mit Bussen zu betreiben.

- Die Gründung des Zweckverbands ist die Folge, wenn durch den Bürgerentscheid die Realisierung der StUB von der Bevölkerung von Erlangen gewünscht wird. Gedanken über den Erhalt von Bäumen und Grundstücken etc. kann man sich auch jetzt schon, anlässlich des Bürgerentscheids, machen:

Auf dem Weg von Tennenlohe bis zur Südkreuzung müssen eine neue Brücke an der Weinstraße gebaut und die Brücke am Preußensteg umgebaut werden.

Entlang der B4 müssen für die Gleistrasse und den Radweg entlang der Brucker Lache zahlreiche Bäume gefällt werden.

Eine weitere Brücke mit Rampen über die Regnitz soll als Verbindung zwischen der Mitte von Erlangen, über die Werner-von-Siemens-Straße, nach Alterlangen gebaut werden.

Neben den ungeklärten Grundstücksverhältnissen zwischen Büchenbach und der Stadtgrenze mit Herzogenaurach muss auch noch die Autobahn A3 gekreuzt werden.